

Fortsetzung von voriger Seite

Die Corona-Krise kostet viel Geld. Eine Erhöhung des Rüstungshaushalts auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts können wir uns nicht leisten, ebenso wenig wie Ausgaben für Drohnen und Weltraumrüstung.

Wir verlangen massive Abrüstung.

Das Kriegsmanöver „Defender 2020“ wurde nach dem Ausbruch des Corona-Virus gestoppt. Schon für dieses Jahr ist eine Neuauflage geplant.

Die Hauptforderungen der Hanauer Friedensplattform

stimmen mit zentralen Anliegen vieler Ostermarsch-Bündnisse und Friedensgruppen überein:

- Ächtung und Abrüstung aller Atomwaffen! Abzug der US-Atombomben aus Büchel (Eifel)! Verzicht auf die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands! Sofortiger Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotvertrag, der seit 22. Januar 2021 völkerrechtlich verbindlich ist!
- Konfrontationspolitik gegen Russland stoppen! Frieden mit Russland ist überlebenswichtig für Europa!
- Den geplanten Ausbau Deutschlands als „militärologistische Drehscheibe“ in Richtung Osten verhindern!
- Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr!
- Abrüstung statt Erhöhung des deutschen Militärbudgets!
- Abkehr vom NATO-Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militärzwecke auszugeben!
- Stopp aller Aufrüstungsprogramme! Keine neuen Atombomber für die deutsche Luftwaffe! Keine bewaffneten Kampfdrohnen für die Bundeswehr!
- Stopp aller Rüstungsexporte und Lizenzproduktionen im Ausland! Stopp der steuerfinanzierten Wirtschaftsförderung der deutschen Rüstungsindustrie! Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion!
- Die deutsche Beihilfe zu globalen US-Drohnenmorden über die Air Base Ramstein beenden!
- Statt Ausbau der EU zur Militärunion und als Alternative zur NATO: Eine neue Friedensordnung für Europa und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für alle europäischen Länder!
- Internationale Solidarität, sichere Häfen für Geflüchtete und Beseitigung der Fluchtursachen statt rassistischer Hetze und rechtsextremer Demagogie! Neonazistische Aktionen unterbinden – Rassismus und Nationalismus ächten!

Der hessische Ostermarsch-Auftakt am Karfreitag 2021 in Bruchköbel wird veranstaltet von:

- DGB Südosthessen,
- Hanauer Friedensplattform,
- VVN-BdA Main-Kinzig,
- DIDF Hanau,
- pax-christi-Basisgruppe Gelnhausen und
- Naturfreunde Hanau-Rodenbach.

Während der Ostermarsch-Kundgebung auf dem Freien Platz werden SammlerInnen der Friedensplattform um Spenden zur Deckung der Organisationskosten bitten.

Wir fordern die vollständige Absage dieses Manövers.

Corona hat gezeigt, zu welcher großen Anstrengung Staaten in der Lage sind, wenn ein Problem als ernst bewertet wird. Der Klimawandel und die Bedrohung durch Atomwaffen sind mindestens genauso gefährlich für die Menschheit wie Corona. Wir fordern hier ein genauso konsequentes Handeln.

Diese Einladung zum Ostermarsch 2021 ist eine Veröffentlichung der

Hanauer Friedensplattform

– unterstützt von den neben genannten Mitveranstaltern. Die Friedensplattform tagt während des Corona-Lockdowns in Form von Telefonkonferenzen. Näheres unter unseren Kontaktadressen:

Homepage: www.friedensplattform.de

E-Mail: info@friedensplattform.de

Facebook-Gruppe: [Friedensplattform Hanau](https://www.facebook.com/friedensplattform.hanau)

ViSdP: [Erich Ehmes, Auwannenweg 30, 63457 Hanau](mailto:Erich.Ehmes@auwannenweg.de)

Bundesweite Info-Suchmaschine: Bundesausschuss Friedensratschlag: www.friedensratschlag.de

Ostermarsch 2021 für Frieden und Abrüstung Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Bruchköbel, Karfreitag, 2. April 2021

14.00 Uhr Kundgebung auf dem Freien Platz

ca. 15.00 Uhr Ostermarsch durch Bruchköbel

Grußwort: **Tanja Weigand** (DGB Südosthessen)

Reden: **Andrej Hunko** (Osteuropa-Experte, MdB Die Linke)

Sandro Witt (Landesvorstand DGB Hessen-Thüringen)

Musik: **Robert Pfaff**

Die aktuelle Corona-Lage kann es erzwingen, die Ostermarsch-Veranstaltung 2021 in Bruchköbel kurzfristig abzusagen. Wir bemühen uns dann um ein Ersatzangebot im Internet. Näheres teilt die Hanauer Friedensplattform kurzfristig auf ihrer Homepage (www.friedensplattform.de), auf ihrer Facebook-Seite sowie in der Lokalpresse mit.



Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Seite zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Ostermarsch Frankfurt/Offenbach, Ostermontag, 5. April 2021

9.50 Uhr Treffpunkt Hanau Hauptbahnhof (am Gleis 1)

10.01 Uhr Abfahrt mit S9 ab Hanau Hauptbahnhof nach Offenbach

11.30 Uhr Abmarsch von Kundgebung Offenbach, Stadthof (Rathaus)

13.00 Uhr Abschlusskundgebung Römerberg Frankfurt

Wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen!

Das Jahr 2020 hat aufs Neue gezeigt: die existenziellen Bedrohungen, denen sich die Menschheit gegenüber sieht, sind militärisch nicht zu lösen. Kampfdrohnen können das Corona-Virus nicht stoppen, der Eurofighter ist hilflos gegenüber dem Klimawandel. Die jetzige „Sicherheitspolitik“ insbesondere der NATO-Staaten verstärkt die Unsicherheit für den größten Teil der Menschheit. Die herrschende Sicherheitspolitik zementiert vor allem skandalöse Zustände:

Gesichert wird eine mörderisch ungerechte, klima- und umweltschädliche Weltwirtschaftsordnung, die Abermillionen Menschen im globalen Süden in höchste Gefahr bringt – wie der unerträgliche Zustand zeigt, dass zwei Milliarden Menschen von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag überleben müssen. Mit dem Voranschreiten des Klimawandels wird sich dieses Problem verstärken, Dürre- und Überflutungskatastrophen werden gewaltige Fluchtwellen auslösen.

Gesichert wird das alle Grenzen sprengende Wachstum des obszönen Reichtums der Multimilliardäre und das weltweite Funktionieren ihrer kapitalistischen Profitmaschine – durch die militärisch rückversicherte Kontrolle globaler Niedriglohnregionen, der Rohstoffquellen und Handelswege sowie des räuberischen Weltfinanzsystems ...

Gesichert werden die kaum noch fassbaren Superkräfte des Militärs, das trotz aller Rüstungskontrollversuche und vereinzelter Abrüstungserfolge (wie dem INF-Vertrag von 1987 zur Verschrottung von Mittelstreckenraketen) über das Schicksal der Erde und des Lebens entscheiden kann.

Gesichert werden in den „reichen Staaten“ die Profite der Rüstungsindustrie durch Verschwendung von Steuergeldern. Ein Beispiel: Allein der Kaufpreis der 30 neuen F18-Kampffjets, mit denen die deutsche Luftwaffe US-Atombomben über Russland abwerfen kann, liegt bei 7,5 Milliarden Euro. Hinzu kommen 93 neue Eurofighter und 15 weitere F18-Jagdbomber für die Bundeswehr – ein Gesamtpaket, das samt Folgekosten auf 30 Milliarden Euro geschätzt wird. – Erfüllt Deutschland demnächst das Aufrüstungsziel der Nato, jährlich 2 % vom Bruttoinlandsprodukt fürs Militär zu vergeuden, könnte der Rüstungshaushalt 2024 auf über 80 Milliarden Euro steigen (derzeit inkl. verschleieter Ausgaben in Nebenetats ca. 53 Milliarden).

Gesichert wird das ewige Feindbild vom „Reich des Bösen“ im Osten, das nun um China erweitert wird. Russland ist von US-Militärstützpunkten und -Raketenstellungen eingekreist, immer aggressivere NATO-Manöver richten sich gegen Moskau. Vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941, begann der Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion. Berlin eröffnete einen Vernichtungskrieg, der 27 Millionen SowjetbürgerInnen das Leben kostete, Millionen sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter starben in deutschen Lagern. Dieses Leid ist für uns zusätzlicher Anlass, für eine neue Abrüstungs- und Entspannungspolitik und gegen rechtsextreme und rassistische Umtriebe einzutreten.

Die jetzige Art westlicher „Sicherheitspolitik“ kann nicht in eine menschenwürdige Zukunft für alle führen. Sie blockiert jeden Ausweg zu einer Welt, in der die Menschen friedlich und solidarisch miteinander leben und die ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaftlich respektieren können. **Sie muss ersetzt werden durch eine neue, demokratisch fundierte Friedens- und Entspannungspolitik, durch kontrollierte Abrüstung, durch gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit, durch eine spürbare Aufwertung des Völkerrechts und die Stärkung aller positiven Ansätze der UNO** (siehe unsere Forderungen auf der nächsten Seite).

Die Lage ist ernst: Die „Weltuntergangsuhr“ wird seit 1947 von einem von Albert Einstein mitgegründeten internationalen Wissenschaftlergremium „gestellt“. Sie versinnbildlicht existenzielle Bedrohungen für die Menschheit und den Planeten. Sie stand noch nie so kurz vor „Mitternacht“ – dem Ende der menschlichen Zivilisation – wie jetzt. Das Wissenschaftlergremium wertet „untaugliche Maßnahmen“ gegen die Corona-Pandemie als Beleg dafür, dass Regierungen, Institutionen und Öffentlichkeit nicht darauf vorbereitet sind, auf größere Bedrohungen wie die eines Atomkriegs oder des Klimawandels zu reagieren.

Klinikbetten statt Kanonen!

Corona betrifft auch uns. Als Friedensinitiative sind wir ein Teil der Zivilgesellschaft. Wir möchten, dass unser Beitrag zur politischen Diskussion gehört wird. Durch die Corona-Maßnahmen ist unsere Arbeit extrem eingeschränkt. Zum ersten Mal seit über 35 Jahren konnte 2020 der Bruchköbeler Ostermarsch nicht stattfinden. Seit einem Jahr können wir keine politischen Veranstaltungen in Hanau anbieten. Online-Formate sind dafür nur ein unzureichender Ersatz.

Wir wollen auf der Straße demonstrieren und sichtbar sein.

Unsere persönlichen Freiheitsrechte aber auch unsere demokratischen Rechte als politisch aktive Bürger wurden durch die Maßnahmen des sogenannten Corona-Kabinetts massiv beeinträchtigt. Durch Corona-Maßnahmen wie nächtliche Ausgangssperren werden Grundrechte verletzt. Für derartige Beschlüsse muss ein Nachweis der Wirksamkeit erbracht werden.

Wir fordern eine echte Beteiligung des Parlaments an Beschlüssen über Corona-Maßnahmen.

Corona verstärkt und verdeutlicht Missstände, die schon vorher da waren. Neoliberale Sparpolitik und Privatisierung führten dazu, dass Kliniken gewinnorientiert geführt werden. Nach Einführung der Fallpauschalen wurden OPs zur Haupteinnahmequelle

der Kliniken – zu Lasten der Patienten. Auch während der Corona-Pandemie wurden Krankenhäuser in Deutschland geschlossen. Wir fordern:

- **Die Fallpauschalen müssen abgeschafft werden.**
- **Die Krankenhäuser gehören wieder in staatliche bzw. kommunale Hand.**

Schon lange vor Corona waren die Zustände in deutschen Krankenhäusern unzumutbar für Mitarbeiter und Patienten. Die Gewerkschaft Verdi reklamierte 2018 einen Personalmangel von 163.000 Menschen in der Krankenpflege, der bis heute andauert. Im Frühjahr klatschten Viele auf den Balkonen für die Menschen in „systemrelevanten“ Berufen. Geändert hat sich für die Schwestern und Pfleger nichts. Nur ein kleiner Teil der in der Krankenpflege Beschäftigten erhielt die versprochenen 1000 Euro Sonderzahlung.

Wie kann es sein, dass private Treffen „verboten“ werden, während die Produktion in der Industrie ungehindert weitergeht? Warum wird nicht gefragt, welche Produkte wirklich systemrelevant sind? Warum darf die Rüstungsindustrie in der Corona-Krise weiter Waffen produzieren? Warum werden Unternehmen nicht verpflichtet, Home Office zu ermöglichen?

Fortsetzung auf der Rückseite